



AFRIKA/BURUNDI - Bischofskonferenz empfiehlt "Weisheit und Absprache" bei einer Revision der Verfassung

Bujumbura (Fidesdienst)- Die burundischen Bischöfe empfehlen den Politikern "Weisheit" und ein umfassende Absprache im Hinblick auf die geplante Revision der Verfassung.

"In der heutigen Zeit könnte eine Verfassung, die ohne Dialog und Zustimmung verabschiedet wird, den Friedensprozess und die Entwicklung beeinträchtigen" heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Bischöfe, die am Rande der ordentlichen Vollversammlung veröffentlicht wurde. Die derzeitige Verfassung des Landes basiert auf den Vereinbarungen von Arusha, mit denen ein zehnjähriger Bürgerkrieg beendet wurde. Dabei wurde eine Quotenregelung auf ethnischer Grundlage für die Verteilung der Macht eingeführt.

"Diese Bestimmungen und andere ähnliche sind weiterhin notwendig", so die Bischöfe, "da die Probleme, für die sie eine Lösung sind, wie zum Beispiel die Monopolisierung der Macht durch eine Gruppe, oder der Ausschluss auf der Grundlage der politischen und ethnischen Zugehörigkeit, noch nicht vollständig gelöst wurden".

Aus diesem Grund ist die Bischofskonferenz der Ansicht, dass es nicht angemessen ist, eine Verfassung in einem Moment zu ändern, der den Dialog nicht begünstigt. Es wäre "weise nur jene Bestimmungen zu ändern, die dazu dienen das Wahlrecht zu verbessern und die Mitgliedschaft des Landes in der Ostafrikanischen Gemeinschaft begünstigen". (L.M.) (Fidesdienst 11/12/2013)